Das Kompetenzgerangel in der Pandemie hat für viel Unmut gesorgt. Deshalb sollte die nächste Regierung eine Bund-Länder-Kommission berufen.

Von Bert Rürup und Axel Schrinner

Gelebter Föderalismus bedeutet heute zu oft Kompetenzwirrwarr, diffuse Verantwortlichkeiten, einen Wust an miteinander verschränkten Verhandlungsarenen und eine intransparente föderale Finanzverflechtung, die zudem falsche Anreize setzt. Kurz: Alle sind für alles zuständig, und niemand ist für irgendetwas verantwortlich." Diese Worte stammen von Wolfgang Schäuble - und sie klingen so, als hätte der Bundestagspräsident die administrativen Kapriolen während der Corona-Pandemie bereits im Jahr 2019 geahnt.

Das vorerst letzte Trauerspiel im Umgang mit der Pandemie war, dass sich keine Verwaltungsebene für die Kontrolle der Teststationen verantwortlich fühlte und damit Tür und Tor für Betrügereien geöffnet wurden.

Dabei ist der Föderalismus in Deutschland weit älter als die Bundesrepublik. So war bereits im der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts klar, dass ein föderaler Staatsaufbau klare Kompetenzregeln braucht. Im Norddeutschen Bund von 1867 bis 1871 besaß der Bundesrat eine starke Stellung als oberstes Verfassungsorgan. Gesetze mussten von beiden Kammern verabschiedet werden.

In der Weimarer Republik war der Einfluss der Länder deutlich geringer. Mit der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten wurde 1934 der Reichsrat aufgelöst; Deutschland wurde zum Zentralstaat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg drängten daher die westlichen Siegermächte darauf, dass die Zentralinstanz der neuen Bundesrepublik möglichst schwach sein sollte. Die Länder erhielten umfassende Rechte und Zustimmungspflichten im Gesetzgebungsverfahren. Die Aufgaben waren klar zugeordnet; es sollte keine Staatsaufgaben geben, die von Bund und Bundesländern gemeinsam wahrgenommen werden.

Heute, unzählige Grundgesetzänderungen, zwei Föderalismusreformen und eine veritable Pandemie später, ist von solch klaren Strukturen nichts mehr übrig. Seit den 1970er-Jahren stieg die Anzahl der zustimmungspflichtigen Gesetze rapide an, nicht zuletzt, weil die erste Große Koalition (1969 bis 1972) die "Gemeinschaftsaufgaben" ins Grundgesetz einfügte, fortan wirkte der Bund bei ursprünglich genuinen Aufgaben der Länder mit, sofern diese für die Gesamtheit der Bürger als bedeutsam erachtet wurden.

Zeitgleich entwickelte sich der Bundesrat zu einem politischen Blockadeinstrument. Letztlich war es der Verlust der Bundesratsmehrheit, der sowohl das Ende der Ära Helmut Kohl als auch das Aus für Kanzler Gerhard Schröder einläutete.

Außenminister Maas trifft US-Außenminister Antony J. Blinken: Transatlantischer Schulterschluss zur richtigen Zeit

Der erste bilaterale Arbeitsbesuch von US-Außenminister Antony J. Blinken in Europa führt nach Berlin. Neben der taggleich beginnenden Zweiten Berliner Libyen-Konferenz stehen viele weitere internationale und bilaterale Themen auf der Agenda, darunter:

- **Libyen**: Anlässlich der zweiten Libyen-Konferenz in Berlin wollen alle Teilnehmer die Weichen richtig stellen und internationale Unterstützung sichern, damit Libyen zu nachhaltigem Frieden und Stabilisierung findet.
- **Iran**: Am vergangenen Sonntag endete die sechste Verhandlungsrunde zur Wiederherstellung des Nuklearabkommens mit Iran. Beide Minister möchten die Gelegenheit ihres Treffens nutzen, um sich über den aktuellen Stand der Wiener Gespräche auszutauschen.
- **Ukraine**: Die USA unterstützen das Normandie-Format mit Frankreich, Deutschland, Russland und Ukraine zur Beendigung des Konflikts im Osten der Ukraine. Aktuell geht es dabei um einen neuen Anlauf zur Schaffung inhaltlicher Voraussetzungen für ein Außenministertreffen in diesem N4-Format.
- **Abrüstung und Rüstungskontrolle**: Deutschland steht bereit, die im Rahmen des Genfer Treffens zwischen US-Präsident Biden und dem russischen Präsidenten Putin vereinbarten „strategischen Dialog“ tatkräftig zu unterstützen. Die Bekräftigung der sogenannten Reagan-Gorbatschow-Formel - dass ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und deshalb niemals geführt werden darf - war bereits ein erstes, wichtiges Signal für die globale nukleare Rüstungskontrolle.

Die dargelegte Themenpalette unterstreicht: Seit dem letzten Berlin-Besuch des heutigen US-Außenministers vor fünf Jahren ist die Welt nicht stehen geblieben. Heute braucht es einen transatlantischen Schulterschluss und eine transatlantische Arbeitsteilung mehr denn je.

Einen neuen Eindruck von der konkreten Wirkkraft des transatlantischen Bündnisses stellen die zu Wochenbeginn am gleichen Tag von der Europäischen Union, den USA, Kanada und Großbritannien beschlossenen Sanktionen gegen das menschenrechtsverletzende Regime in Belarus unter Beweis. Dies unterstreicht: Wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika beidseits des Atlantik gemeinsam Verantwortung übernehmen, dann können unsere gemeinsamen Werte eine neue Strahlkraft entfalten.

30.06.2021 PRESSEMITTEILUNG

Altmaier: „Wollen Umsetzung der Grünen Agenda für den Westbalkan mit Sonderbeauftragtem unterstützen“

Bundeswirtschaftsminister Altmaier führt heute Gespräche mit seinen Amtskolleginnen und -kollegen aus den Ländern des westlichen Balkans und weiteren Partnern des „Berliner Prozesses“. Die Themenschwerpunkte liegen auf der Grünen Agenda, der Industriestrategie für den Westbalkan, und der Weiterentwicklung eines gemeinsamen regionalen Marktes.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier: „Die Länder des westlichen Balkans sind ein integraler Teil Europas. Ihren Weg in die Europäische Union unterstützen wir durch den Berliner Prozess. Dabei gewinnt die Verbindung von Industrie- und Umweltpolitik immer mehr an Bedeutung. Die Grüne Agenda für den Westbalkan ist der Wegweiser für den Strukturwandel in der Region hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung wollen wir die Länder des Westbalkans unterstützen. Ich habe deshalb heute die Einsetzung eines Sonderbeauftragten vorgeschlagen.“

Im Rahmen der Konferenz findet auch ein Wirtschaftsforum mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und Verbänden, die in der Region aktiv sind, statt. Dabei geht es u.a. um die berufliche Bildung, die Digitalisierung, die Kooperation im Energiebereich und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums.

Der sogenannte „Berliner Prozess“ für den Westbalkan, eine Initiative der Bundesregierung aus dem Jahre 2014, ist ein gemeinsames Format von mehreren EU-Ländern und Großbritannien, der Europäischen Kommission und den sechs Westbalkanländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien. Ziel der Initiative ist es, die Westbalkan-Länder an die Europäische Union heranzuführen und die regionale Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Region ist wirtschaftlich eng mit dem EU-Binnenmarkt verflochten: Etwa 70 Prozent des Handels der Westbalkanstaaten findet mit der Europäischen Union statt. Beim Gipfeltreffen von EU und Westbalkanstaaten in Sofia 2020 wurde die Grüne Agenda für den Westbalkan beschlossen. Ein wichtiger Aspekt ist die Reduzierung der Kohleverstromung. Aktuell liegt der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in den Ländern des Westbalkans bei durchschnittlich etwa 70 Prozent.